

## Telegraphische Depeschen.

\* Berlin, 16. Jan. Von Sr. Maj. Blattdes-  
corvette Nymphe, 9 Geschütze, Commandant Cor-  
vettenkapitän Sattig, sind Nachrichten aus Barbadoes  
vom 31. Dec. 1878 eingetroffen. Sr. Maj. Kanonen-  
boot Komet, 4 Geschütze, Commandant Kapitänlieu-  
tenant Frhr. v. Senden-Vibran, ist am 29. Dec.  
1878 von Konstantinopel in See gegangen und unter  
Anlauf von Mitylene am 4. Jan. in Smyrna ein-  
getroffen.

\* Stuttgart, 16. Jan. Abgeordnetenkammer:  
Auf die Frage des Abg. Schwarz (Linke), welche  
Stellung die Regierung zum Gesetzentwurf betreffend  
die Strafgewalt des Reichstages einnehme, erwidert  
der Ministerpräsident v. Wittnacht, eine definitive  
Entscheidung werde erst erfolgen in der Zwischenzeit  
zwischen der Verathung des Ausschusses des Bundes-  
rathes und derjenigen des Plenums. Diese sei indefi-  
nit so kurz, daß er keine Verpflichtung übernehmen  
könne, der Kammer Mittheilung zu machen. Wollte  
Schwarz den Einfluß der Kammer geltend machen,  
so müsse er einen andern Weg als den der Inter-  
pellation wählen. Schwarz behält sich einen bezüg-  
lichen Antrag vor.

\* Darmstadt, 16. Jan. Der II. Kammer ist  
eine Vorlage zugegangen betreffend den Verkauf des  
hessischen Antheils an der Main-Weser-Bahn an  
Preußen.

\* Rom, 16. Jan. Gutem Vernehmen nach wird  
nach Analogie des eben abgeschlossenen provisorischen  
italienisch-französischen Handelsvertrages  
auch zwischen Italien und der Schweiz ein Handels-  
vertrag abgeschlossen werden, in welchem sich beide  
Staaten die Rechte der meistbegünstigten Nationen ein-  
räumen.

\* Versailles, 17. Jan. Die im Senat und der  
Deputirtenkammer verlesene Erklärung der Mi-  
nister bezeichnet die jüngsten Senatswahlen als eine  
Biligung und Ermuthigung der Regierung, welche  
die bisherige auswärtige Politik auf dem Frieden und die  
Ausführung des Berliner Vertrages gerichtete Politik  
fortführen werde. Die Erklärung erwähnt die Be-  
gnadigung von 2225 Verurtheilten der Commune und  
sichert die Beobachtung der Gesetze über das Ver-  
hältniß zwischen Staat und Kirche zu. Die Regie-  
rung werde unerbittlich sein gegen antirepublikanische  
Elemente. Das Cabinet wünscht die baldige Verathung  
der Zolltarife, kündigt eine Reihe anderer Vorlagen  
an und constatirt die gute Lage der Finanzen. Die  
Linke des Senats nahm die Erklärung beifällig auf;  
die Rechte schwieg; die Deputirtenkammer verhielt  
sich kühl.

\* Wien, 16. Jan. abends. Meldungen der Poli-  
tischen Correspondenz. Aus Konstantinopel von  
heute: „Dem Vernehmen nach soll bei den russisch-  
türkischen Friedensverhandlungen die von der

Pforte zu zahlende Entschädigung auf den Betrag von  
100 Mill. R. S. herabgemindert worden sein. In-  
folge der Intervention einer katholischen Großmacht  
ist eine gemischte Commission eingesetzt worden zur  
Untersuchung der Uebelstände, durch welche die chris-  
tliche Bevölkerung Armeniens neuerdings be-  
drängt wird.“ — Aus Odessa von heute: „Eine An-  
zahl von der russischen Regierung gecharterter Schiffe  
wird am 26. Jan. in Burgas eintraffen, um die  
Truppen nach Odessa, Nikolajew und Sewastopol  
zu verschiffen, worauf alsdann die weitere Dislo-  
cierung erfolgt.“

\* Konstantinopel, 16. Jan. Regierungseitig wird  
bekannt gegeben: Das Gesetz über die Verant-  
wortlichkeit der Minister wird die Zahl der  
Staatsminister feststellen und die Functionen der Mi-  
nister ohne Portefeuille beseitigen, da diese Functionen  
nicht mit einem Cabinet vereinbar sind, in welchem  
die Verantwortlichkeit jedem der einzelnen Minister für  
sich zufällt. Der Großmeister der Artillerie und der  
Minister der Eoslasts (frommen Stiftungen) werden  
nicht unter die Zahl der verantwortlichen Minister ge-  
zählt. Es wird ein auf der Grundlage der Verfassung  
vorgeschlagenes Gesetz über die Freiheit der Presse  
erlassen werden. Ferner wird unverzüglich Vorseorge  
getroffen werden für die Errichtung eines öffent-  
lichen Ministeriums und eines Notariats in  
allen Gerichtsbezirken des Reiches, da diese beiden In-  
stitutionen als unentbehrlich für den regelrechten Gang  
der Justizverwaltung erkannt worden sind. Das  
Finanzministerium wird in mehrere Abtheilungen  
getheilt werden. An der Spitze einer jeder dieser Ab-  
theilungen wird ein dem Minister der Finanzen ver-  
antwortlicher Generaldirector stehen. Der Finanz-  
minister wird seinerseits wieder der Deputirtenkammer  
gegenüber verantwortlich sein. — Die Regierung hat  
vermittels eines Arrangements mit der Banque Otto-  
mane und den bedeutendsten Creditinstituten von Sa-  
lata Vorkehrungen getroffen, um das im Umlauf be-  
findliche Papiergeld bis zum Betrage von 100000  
Pfd. monatlich zurückzuführen. Die Regierung geht  
hierbei von der Annahme aus, daß es durch diese  
Maßregel in Verbindung mit den sonst projectirten  
möglich sein wird, das Papiergeld ganz zu unter-  
drücken. Die vor kurzem zur Einziehung der Kaimés  
bestimmten 50000 Pfd. sind in obiger Summe nicht  
einbezogen.

\* Athen, 16. Jan. Der griechischen Regierung  
ist noch immer keine Nachricht darüber zugegangen,  
an welchem Orte die Commissarien zur Feststellung  
der griechisch-türkischen Grenze zusammenzutreten  
sollen. Auf alle ihre diesbezüglichen Anfragen ist ihr  
nur geantwortet worden, daß der Zusammentritt an  
dem anfangs von der Pforte bezeichneten Orte nicht  
stattfinden solle. Die Regierung erblickt darin ein  
neues Zeichen, daß die Pforte die Erledigung der  
Frage verzögern will.

\* Washington, 15. Jan. Die Repräsentanten-  
kammer hat die Gesetvorlage angenommen, wonach  
Greenbacks als Zahlungsmittel für Einfuhrzölle die-  
nen können und wodurch die Regierung zur Ausgabe  
von 3proc. und in 4proc. Bonds convertiblen De-  
potcertificaten im Werthe von 10 Doll. ermächtigt  
wird. — Die Legislatur von Colorado hat den Re-  
publikaner Hill zum Mitgliede des Senats in Wa-  
shington gewählt.

## Die Wuchergesetze im preussischen Landtage.

\* Berlin, 16. Jan. Der erste Gegenstand der  
Tagesordnung in der heutigen Sitzung des Abgeordneten-  
hauses ist die zweite Verathung des Antrages der Abg.  
Krech und Genossen auf Annahme des Entwurfes eines  
Ergänzungsgesetzes zu dem Gesetze vom 27. April 1872  
betreffend die Ablösung der den geistlichen und Schul-  
instituten, sowie den frommen und milden Stiftungen  
zustehenden Realberechtigungen.

Abg. Hilbrandt befragt als Berichterstatter  
der Commission die Annahme des Antrages Krech, der  
folgendermaßen lautet:

Die im §. 4 des Gesetzes vom 27. April 1872 betreffen-  
de Auslösung der den geistlichen und Schulinstituten, sowie  
den frommen und milden Stiftungen zustehenden Realbe-  
rechtigungen (Gesetzsammlung, S. 417) bezeichneten Renten  
können, auch wenn sie bereits rechtsverbindlich  
feststehen, auf Antrag des Berechtigten wie des Verpflich-  
teten nach Maßgabe der §§. 4—7 und 10 des gedachten  
Gesetzes abgelöst werden.

Nur die in dem Antrage gesperrt gedruckten Worte  
beantragt die Commission zu streichen.

Abg. v. Böy tritt dem ganzen Antrage entgegen,  
der große berechnete Interessen verlege.

Regierungscommissar Geh. Regierungsrath Glagel  
versichert, daß sich die Regierung diesem Antrage nicht  
widersetzen werde, wenn er die Zustimmung beider  
Häuser des Landtages finde.

Abg. v. Rauchsperg befragt die Annahme des  
Antrages Krech, ebenso Abg. v. Vandemer.

Der Antrag wird in der von der Commission vor-  
geschlagenen Fassung angenommen.

Es folgt die Verathung des Antrages des Abg.  
Frhr. v. Schorlemer-Alst wegen der Wuchergesetze, der  
so lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die  
königliche Staatsregierung aufzufordern: sofort eine ein-  
gehende und umfassende Ermittlung eintreten zu lassen  
betreffend des Bedürfnisses und der Möglichkeit wirksamen legis-  
lativen Vorgehens gegen den überhandnehmenden Wucher  
und die damit zusammenhängenden schlimmen Folgen der  
allgemeinen Wechsellosigkeit.

Abg. Frhr. v. Minnigerode beantragt statt des  
Wortes „sofort“ zu setzen „baldigst“:

Der Gegenstand des Antrages hatte das Abgeordneten-  
haus schon am 21. Nov. v. J. beschäftigt, als der Antrag-  
steller die Regierung über ihre Haltung zu der Frage inter-  
pellirte. Der Hr. Justizminister Dr. Leonhardt hatte damals  
erklärt, daß die Staatsregierung bei aller Wichtigkeit, die

## Musikalisches aus Leipzig.

\* Leipzig, 17. Jan. Im 13. Gewandhaus-  
concert, Donnerstag, 16. Jan., vermochte uns nur  
der zweite Theil tiefer anzuregen. Nicht als wenn  
wir gegen die einzelnen vorgeführten Nummern des  
ersten an sich etwas einzuwenden hätten, obgleich ein  
Cyklus noch so vortrefflicher Solosätze selbst in besser  
Executur schwerlich im Stande sein möchte, Beet-  
hovens „Sinfonia eroica“ aufzuwiegen, so war doch  
der Unterschied in den Orchesterleistungen einerseits und  
den Sololeistungen andererseits ein so bedeutender,  
daß uns im allgemeinen nur die erstere Befriedigung  
zu gewähren vermochten.

Wir sagen „im allgemeinen“, denn technisch ging  
zwar alles ganz vortrefflich, bezüglich des Ensemble  
ließen aber einzelne Stellen im Scherzo sowie im  
Finale noch zu wünschen übrig. Im Scherzo (zweiter  
Theil) kam die Stelle mit dem Anschluß der Bassen  
an die Bratschen rhythmisch nicht klar genug, sowie  
der darauffolgende Eintritt der übrigen Streichinstru-  
mente und namentlich kurz darauf der der Holzblas-  
instrumente die ersten beiden male nicht absolut genau;  
beegleichen gingen im zweiten Theil des Trios und  
später im Finale die bewegten Gänge zwischen Fagott  
und Flöte nicht ganz exact zusammen. (das erste Fagott  
blies um ein Merkliches zurück). Endlich hätte die  
bekannte G-moll-Stelle mit dem Thema in den Bassen  
und der Sechzehntel-Begleitung in den zweiten Bio-  
linen und Bratschen noch etwas grandioser und ge-  
wichtiger hervortreten können; ebenso hätten im „Trauer-  
marsch“ einige Nuancen noch feiner ausgearbeitet und

einzelne Uebergänge noch schöner motivirt sein müssen,  
wofern der Ausführung in jeder Beziehung das Prä-  
dicat der Vollendung zuerkannt werden sollte. Jedoch  
war, wie schon gesagt, die Ausführung in allen übrigen  
Theilen so gelungen, daß der große Beifall des Publi-  
kums, welchen Kapellmeister Reinecke zugleich im Na-  
men des Orchesters entgegennahm, als ein vollkommen  
gerechtfertigter zu bezeichnen ist.

Kommen wir nun auf den ersten Theil. Derselbe  
litt angehts der darauffolgenden Eroica-Symphonie  
an zu großer Länge, die um so empfindbarer wurde,  
als die Leistungen der beiden Solisten: Fr. Hedwig  
Roland aus Wiesbaden (Gesang) und Concertmeister  
Otto Hofseld aus Darmstadt (Violine), den hohen An-  
forderungen, welche man an Künstler, die im Gewand-  
hause auftreten, stellen muß, nicht ganz entsprachen.

Hr. Hofseld trug Spohr's Concert Nr. 7 in  
E-moll und Romane und Scherzo aus der Suite  
Nr. 2 von Franz Ries vor. Das Anerkennenswerthe  
an seinem Spiele war die gewissenhafte und saubere  
Durchführung des figurativen Theiles der vorgetra-  
genen Stücke. Dagegen mangelte es Hrn. Hofseld  
wieber gar zu sehr an eigener Auffassung, und was  
er in letzter Beziehung bot, traf keineswegs den Nagel  
auf den Kopf, wie z. B. die stellenweise gar zu lar-  
moyante Behandlung des Adagios in dem Spohr'schen  
Concert bewies. Den anfänglich etwas kleinen, ge-  
deckten Ton sowie eine gewisse Unfreiheit in einzelnen  
Trillern (erster Satz) und Staccatos wollen wir gern  
auf Rechnung der Befangenheit setzen, nicht aber  
manches Unschöne in der Lagerverbindung und das  
konstante Zuhörspielen, selbst wenn es, wie im vor-

liegenden Falle, seinen Grund in der zu hohen Stim-  
mung der Violine hat. Hr. Hofseld scheint noch kein  
völlig routinirter Virtuose-voyageur zu sein, dürfte  
aber durch die Beseitigung der hier namhaft gemachten  
Schwächen seines Spieles bald einen sehr respectablen  
Grad von Künstlerkraft auf seinem Instrument er-  
reichen.

Beinahe das Gleiche müssen wir nach Anhörung  
der Arie „Mit Bärtlichkeit und Schmeicheln“ aus  
„Der Entführung aus dem Serail“ von W. A. Mo-  
zart und der Variationen von Rode, nur mit Ueber-  
tragung von dem Instrumentalen auf das Vocale, von  
dem Gesange des Fr. Roland sagen. Genannte Dame  
hat von der Natur eine schöne Stimme mit einem  
nicht gewöhnlichen Umfange nach der Höhe zu empfan-  
gen, die unsers Dafürhaltens (ähnlich der des kürzlich  
gehörten Fr. Semblich) in hohem Grade coloratur-  
fähig ist. Zur Zeit aber hat Fr. Roland jene tech-  
nische Vollendung ebenfalls noch nicht erreicht, die den  
Vortrag von Stücken wie die Variationen von Rode,  
welche die feinste virtuose Ausführung bedingen, im  
Gewandhausconcert als berechtigt erscheinen ließe.  
Nichtsdestoweniger wurden beide Solisten vom Publi-  
kum, das an diesem Abend besonders verschwenderisch  
mit seinem Beifallsbezeugungen umging, durch Hervor-  
ruf ausgezeichnet.

Um so ungerechtfertigter fanden wir die, man kann  
wohl sagen, beinahe ablehnende Haltung desselben gegen-  
über der eingangs des Concerts gespielten neuen  
Ouverture „Wikingersahrt“ von Georg Bohlmann  
(Manuscript), welche durch die Spontanität ihrer Ge-  
danken und ihr einheitliches Colorit den Eindruck der



Abg. Richter-Dagen:

Er und seine politischen Freunde würden sich für keinen der eingebrachten Anträge erklären. Dem Reichstage wollte er nicht präjudizieren, und auch gegen eine Enquête müsse er sich aussprechen, denn daß Mißstände vorhanden seien, das sei bekannt, darüber sei keine tatsächliche Untersuchung erforderlich, es handle sich aber darum, bestimmte gesetzlich formulierte Vorschläge dagegen zu finden, dazu sei die Zeit seiner der Gegner der Wucherfreiheit im Stande gewesen. Dr. v. Wedell-Matthow habe an die Denker aller Nationen appelliert, Maßregeln vorzuschlagen, aber er selbst habe sich für unsäglich erklärt, mit diesen Denkern zu concurriren, von ihm haben wir bisher noch keinen Vorschlag gehört. Nun frage ich Sie, was ist denn Wucher? Gibt es nur Wucher beim Darlehen? Im Gegentheil, bei allen Waarengeschäften gibt es Wucher. Verbieten sie einmal, mehr als doppelten Zins zu nehmen, mehr als 12 Proc. zu nehmen, schön, dann wird der Creditbedürftige kein Geld bekommen und Immobilien oder Immobilien mit mehr als 50 Proc. Schaden verkaufen müssen, um Geld zu schaffen. Ist das kein Wucher, ist das kein Schaden? Der geschäftliche Verkehr wird unmöglich gemacht durch solche einseitige Abkürzungen, welche gar zu wenig Erfahrungen für sich hat. Aber auch die Formen der Enquête bringen es mit sich, daß die letztere werthlos ist. Bei der Enquête über Eisenbahnen z. B. hat man als Präsidenten einen Mann berufen, welcher entzogener Anhänger der Pöble ist, man besetzte die Commission ganz einseitig, und ein ad hoc vorher festgestellter Bericht wurde als Resultat der Enquête ausgegeben. Das sollte man doch christlicher Weise nicht für eine Enquête erklären. Es ist die Zeit des heillosen Pessimismus, diese schiefe Vorstellung, daß wir zu viel Freiheit haben; dieser Ruf nach mehr Polizei, mehr Steuern, ist das Programm der Reaction; das Centrum will etwas weniger davon, die Conservativen desto mehr, der äußerste Extrem dieser Anschauung der Allmacht des Staates ist die socialistische Auffassung, welche mit diesen conservativen Forderungen die innigste Verwandtschaft hat. Positiv zur Hebung des Credits wissen Sie gar nichts vorzuschlagen, Schulz-Dehtsch hat tausendmal mehr geleistet, als Sie je ahnen können; für 1 1/2 Milliarden haben die Schulz-Dehtsch'schen Genossenschaften ihren Mitgliedern Credit gewährt. Welche Leistung von solcher Höhe wissen Sie dagegen anzuführen? Haben Sie denn nicht so viel vorhanden von diesen Einrichtungen, daß... (Oho! Kärm. Ruf: Zur Ordnung!)

Präsident v. Bennigsen bemerkt, daß der Ausdruck „Verstand“ auch im Sinne von „Verständniß“ in dieser Verbindung unparlamentarisch sei.

Abg. Richter: Ich bin mißverstanden worden; ich habe gesagt: „verstanden“, nicht „Verstand“. Die Wechselbarkeit der Schulz'schen Vereine hat sich überaus nützlich erwiesen, ihre Aufhebung wäre auch die Aufhebung der Gleichberechtigung des kleinen Mannes mit dem reichen und wenn Sie auch vielleicht im Augenblicke für ihre politischen Zwecke den Antrag gebrauchen zu können glauben, so würde doch, wenn der bezeichnete Fall einträte, die Spitze der Agitation sich gegen Sie selbst richten.

(Während dieser Rede ist der Handelsminister Mahbach in das Haus getreten.)

Zustizminister Dr. Leonhardt: Ich habe bei Gelegenheit der Interpellation mich dahin geäußert, daß die Regierung der Angelegenheit ein lebhaftes Interesse entgegenbringe. Wenn der Antrag Schorlemer angenommen werden sollte, so wird die königliche Staatsregierung ihn in Erwägung ziehen. Ich glaube jedoch nicht, daß dieselbe sich veranlaßt sehen wird, diesem Antrage Folge zu geben. Meine Herren, es handelt sich hier um die Abänderung von Reichs-, nicht von Landesgesetzen, diese Abänderung kann also nur durch die Organe des Reichs erfolgen. Wenn nun die Forderung gestellt wird, bevor man sich entscheidet, tatsächliche Ermittlungen durch eine Enquête stattfinden zu lassen, so ist es doch ganz selbstverständlich, daß diese Enquête sich erstrecken muß auf das ganze Deutschland, und die königlich preussische Regierung ist nicht in der Lage, solche Enquête anzustellen; sie kann das nur für Preußen; das Resultat würde also nicht ausreichend sein. Für den Fall, daß der Reichstag eine derartige Enquête beschließen sollte, wird die preussische Regierung, wie ich glaube, der Annahme solchen Antrags Schwierigkeiten nicht entgegensetzen. Wie die Sache liegt, glaube ich, wird es am besten sein, wenn die Herren den Antrag Rasse-Ridert annehmen.

Abg. Reichensperger befürwortet den Antrag v. Schorlemer und spricht seine Verwunderung aus, daß, wie es scheint, die deutschen Liberalen die einzigen der Welt seien, denen die Wucherlagen noch unbekannt seien:

Die deutschen Liberalen möchten doch von ihren Gesinnungsgenossen in Oesterreich lernen, wo sich liberale Parlementsmitglieder für die Wiederherführung der Wuchergesetze ausgesprochen hätten. Wenn heute die liberalen Parteien sich dem Antrage auf Einsetzung einer Enquête widersetzen, so geschieht es vielleicht deshalb, weil man von vornherein weiß, daß die Enquête höchst fatale Resultate ergeben müsse. Der Rothstand sei in der That groß und es sei für jeden Richter höchst beschämend und schmerzhaft, Acte, die er als schändlich erkenne, für Recht erklären und im Namen des Königs legalisiren zu müssen. Das spreche allem Rechtsbewußtsein und Rechtsgefühl Hohn. Das Princip der Selbsthilfe, von dem der Redner soviel halte, sei an sich durchaus anerkenntnismäßig und brauchbar, aber auch damit, wie mit den Hilfs- und Vorschussklassen allein, sei es nicht gethan, denn dadurch werde die Ausbeutung der Mitglieder derselben nicht unmöglich gemacht. Wenn gegen den Antrag geltend gemacht sei, er werde kein Resultat ergeben, weil sich der Wucher der juristischen Cognition zu entziehen wisse, so mache er darauf aufmerksam, daß, wenn nur ein wirklicher Rechtschutz für die Opfer des Wuchers erst vorhanden sei, dann auch deren Nothwehr an der Gerichtsstelle Erhebung finden werde. Schließlich verweist der Redner auf Etsch-Vorbringen, wo nach Aufgabe des französischen Strafrechtes heute noch die Wuchergesetze zu Recht beständen und als segensreich wirkend anerkannt würden. So etwas gebe doch zu denken und müsse warnen vor der souveränen Ablehnung des Antrages, wie sie mehrfach heute zu Tage getreten sei. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Rasse:

Woju soll es führen, wenn Gegenstände, welche die Verfassung dem Reiche überwiesen hat, doppelt erörtert werden, hier und im Reichstage? Wohin kommen wir mit unsern Geschäften, wenn in dieser Weise die Zeit des Hauses in Anspruch genommen wird? Auch wir haben uns neulich über die Erklärung des Justizministers geäußert. Aber wenn die Angelegenheit so wichtig war, warum dann nicht wenige Wochen warten bis zum Zusammentritt des Reichstages? Der Reichstag hat genau dieselbe Kenntniß und dieselbe Berechtigung zur Besprechung solcher Klagen. Da aber alle Parteien ihre sehr verschiedenen Standpunkte einmal dargelegt haben, so wünscht auch meine Partei ihre Stellung dazu klar hervortreten zu lassen. Wir sehen zunächst zu einer Enquête gar keine Veranlassung. Es ist Thatsache, daß verwerfliche wucherische Zinsgeschäfte in manchen Theilen des Volkes und des Landes in trauriger und bedenklicher Weise vorgekommen sind. Aber solche Geschäfte sind zu allen Zeiten vorgekommen und wir glauben nicht, daß eine Enquête im Stande wäre, zu constatiren, ob diese Geschäfte infolge der Aufhebung der Wuchergesetze zu- oder abgenommen haben. Die Verhältnisse sind seitdem so unendlich fortgeschritten und in den verschiedenen Theilen des Landes so verschieden, daß keine Commission irgendwie vermag, zu unterscheiden, was Folge der Aufhebung der Wuchergesetze und was Folge der allgemeinen Entwicklung des Verkehrs und des Credits ist. Im übrigen sind wir darüber einig, daß die alten Zinstaxen nichts heißen können und nichts geholfen haben, obwohl diese auch heute wieder von verschiedenen Rednern verteidigt worden sind. Ich möchte nur Eine Thatsache anführen: die Regierung in England hat wiederholt die Englische Bank angewiesen, unter gewissen Umständen keinen Pfennig unter 10 Proc. auszuliehen. Und die Leute, welche mit ihr im Verkehr standen, waren keine Schwindler oder unsichere Kunden, sondern die ersten Häuser, die Rothschilds etc.

Es ist ferner nicht zu verkennen, daß auch die Frage des Wechselrechts einer eingehenden Revision bedarf. Es gibt Wechselcredit für lediglich unproductive Zwecke, ja, ganze Städte beruhen auf solchem Credit, und die Frage dieses Wechselcredits bedarf der ercenten Prüfung. Ich wünsche keineswegs, daß die in Deutschland und Preußen äußerst große Verkehrsfreiheit beschränkt werde, aber wer wird andererseits verkennen können, daß Fälle hervorgetreten sind, in denen die Gesetzgebung den Beruf hat, den Hilfsbedürftigen zu schützen gegen die Uebermacht des wirtschaftlich Stärkeren? Derartige Bestrebungen können wohl hier und da über ihr Ziel hinausgehen, aber darum dieselben charakterisiren als ein Rufen nach Polizei und neuen Steuern — das heißt denn doch die vornehmste und edelste Aufgabe des Staates verkennen, nämlich den Schutz der Schwachen und die Aufrechterhaltung der allgemeinen Harmonie. (Beifall rechts.)

Hierauf wird die Discussion geschlossen.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst:

Neues habe der Justizminister nicht vorgebracht, wahrscheinlich sei er von Fürst Bismarck noch nicht instruirt. Auf die Angriffe des Abg. Lasker habe Redner gerechnet, zumal dieser ja der Vater der Wucherfreiheit sei. Fürst Bismarck habe einst gegen die Wuchergesetze gestimmt, also doch seine Anschauung öfter gewechselt; aber on revient toujours à ses premiers amours, auch Fürst Bismarck könne leicht zu dieser alten Anschauung zurückkehren, also rathe ich dem Abg. Lasker, sich nicht zu sehr auf Fürst Bismarck zu verlassen. Abg. Lasker sprach dann von der Zeit des Mittelalters und der Ritter, aber er kennt die Zeit nicht; der Wucher wurde damals besonders von den Juden getrieben, mit denen man oft kurzen Proceß machte, und wenn keine Aenderung in den heutigen Verhältnissen der Wucherfreiheit eintritt, dann kann es wieder zu unangenehmen Handgreiflichkeiten kommen. (Ruf: Judenhege.) Ja wohl, wenn es zur Ritterhege kommt, dann kommt es auch zur Judenhege. Aber dem Abg. Lasker bemerke ich, daß alle Anzeichen dafür sprechen, daß die liberale Zeit abstrift, und ich wünsche, daß er ein längeres Leben habe als der Liberalismus. (Oho!) Ja, das ist doch wol ein sehr freundlicher Wunsch. Er gerirt sich so, als ob er allein die Zustände im Volke, als ob er allein die Verhältnisse der Grundbesitzer kenne. Aber er befindet sich im starken Irrthum, er sieht hinter einem Fenster, und die Fenster der national-liberalen Partei sind durch Fürst Bismarck bereits so stark vergittert, daß man durch die Scheiben nur noch einen sehr unklaren Eindruck empfängt.

Wenn der Abg. Lasker von einer Verdunkelung der Erkenntniß der Grundbesitzer spricht, so finde ich das doch mindestens etwas anmaßend. Im übrigen spreche ich nicht, wie er mir imputirt, im Interesse der überschuldeten, sondern der soliden Besitzer und Handwerker. Der Abg. Richter meint, daß wir durch unsern Antrag uns der Gefahr aussetzen, immer unpopulärer zu werden; ich möchte ihm doch rathe, mehr für die Popularität seiner eigenen Partei vorzutreten zu sein, welche gar sehr im Abnehmen ist (Sehr wahr!) — es freut mich nur, daß die Abg. Richter und Lasker offen erklärt haben, sie wollen nichts gegen die von allen Seiten erkannten Schäden der Wucherfreiheit thun. Wir verlangen nicht, wie die Herren uns vorwerfen, Schutz durch den Polizeistand, sondern gesetzlichen Schutz gegen die Ausbeutung durch die Wucherer. Zum Schluß möchte ich die Fortschrittler und Liberalen doch daran erinnern, daß sie wohlthun, daran zu denken, wie sehr sie im Reichstage bereits zusammenschmökern sind; von allen Seiten werden Sie bereits für die wirtschaftlichen Schäden der Zeit verantwortlich gemacht; wenn Sie sich nun auch noch weigern, mit uns über Maßregeln gegen die Ausbeutung durch den Wucher zu beraten, kann es leicht kommen, daß Sie auch für diese Schäden schließlich allein verantwortlich gemacht und als Sündenbock in die Wüste geschickt werden. (Weiterkeit.)

Hierauf bemerkt Abg. Lasker nochmals persönlich: Er sei in allen Punkten vom Abg. v. Schorlemer mißverstanden. Angriffe gegen die Juden träfen ihn nicht, dazu stehe er zu hoch; sich an solcher Discussion zu betheiligen, müsse er ablehnen. Das erscheine ihm so, als wenn er durch ein schmutziges Dorf reite (große Heiterkeit) und ihm der Schlammbis an die Knöchel sprige.

Das Haus schreibt nunmehr zur Abstimmung. In namentlicher Abstimmung wird zunächst der Antrag Rasse-Ridert (auf motivirte Tagesordnung) mit 184 gegen 165 Stimmen abgelehnt. Dagegen stim-

men die Centrumpartei, die Polen, die Fortschrittspartei, die Altconservativen, ein Theil der National-Liberalen, der Freiconservativen und Neiconservativen. Das Amendement des Abg. Frhr. v. Münnigerode wird darauf gleichfalls abgelehnt, ebenso auch der Antrag von Schorlemer selbst.

Die Sitzung wird auf Freitag 10 Uhr vertagt, wo die Berathung des Cultusetats fortgesetzt werden soll.

Deutsches Reich.

× Berlin, 16. Jan. Die Presse behandelt es vielfach als Misachtung der Reichsverfassung, daß in dem Gesetzentwurfe über die Strafgewalt des Reichstages gegen seine Mitglieder drei Verfassungsartikel implicite aufgehoben werden. Auch die Kreuzzeitung schließt sich in einem Artikel über den Gesetzentwurf diesem Vorwurfe an, denn sie sagt: der Gesetzentwurf sei in seiner gegenwärtigen Fassung schon deshalb unannehmbar, weil er eine Abänderung von drei Verfassungsartikeln enthalte, ohne dieser Aenderung formell Ausdruck zu geben; eine Verfassungsänderung könne aber nicht implicite erfolgen. Die Kreuzzeitung fügt dann hinzu: Wenn das Bedürfniß einer Verstärkung der Disciplinargewalt im Reichstage anerkannt worden sei, werde man sich über die entsprechende Redaction des Entwurfs schon einigen. In der That handelt es sich um die rein formelle Frage, ob die Abänderung der Verfassungsartikel formell ausgesprochen werden muß. In dieser Beziehung ist Folgendes zu bemerken: Die Reichsverfassung schreibt für Verfassungsänderungen nicht, wie die preussische und die anderer Länder, ein von der regelmäßigen Gesetzgebung abweichendes Verfahren vor. Die Reichsverfassung sagt vielmehr: „Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung“, nur daß sie hinzusetzt: sie gelten als abgelehnt, wenn sie im Bundesrathe 14 Stimmen gegen sich haben. Daß der in Rede stehende Gesetzentwurf in diesem Sinne als Verfassungsveränderung behandelt werden muß, ist selbstverständlich. Die Motive zu den einzelnen Paragraphen, welche Verfassungsänderungen enthalten, weisen auch ausdrücklich darauf hin. Danach würde es keinem Bedenken unterliegen, wenn im Text des Gesetzes die Verfassungsänderungen formell zum Ausdruck gelangten, aber eine Nothwendigkeit ist dies weder nach dem Wortlaute der Reichsverfassung noch nach der bisher beobachteten Praxis. Ein Präcedenz in dieser Hinsicht ist das Stellvertretungsgesetz, welches den Art. 17 der Reichsverfassung betreffend die alleinige verantwortliche Zeichnung des Reichskanzlers abgeändert und ergänzt hat, ohne eine formelle Abänderung des Artikels in die Verfassung aufzunehmen.

— Die Neue Preussische Zeitung schreibt: „Aus Rom wird der Times gemeldet, daß zwischen Deutschland und der päpstlichen Curie die Verständigungsversuche fortbauern, jedoch nicht mehr durch den päpstlichen Nuntius in München, sondern durch eine directe vertrauliche Correspondenz zwischen dem Cardinal-Staatssecretär und dem Fürsten Bismarck geführt werden. Dieser Ausweg schließt die Möglichkeit von Intriguen aus und compromittire weder den Papst noch den Kaiser. Fürst Bismarck sei freizeigig in seinen Ausdrücken wohlwollender Gesinnungen; man glaube jedoch, daß wenig mehr von ihm zu erlangen sei, es wäre denn, daß die Socialistengesetze sich als ungenügend erwiesen. Das aber scheint eben nach Bismarck's Meinung der Fall zu sein. Wir halten es für richtig, daß jetzt nur vertrauliche Correspondenzen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Cardinal-Staatssecretär geführt werden; — die sich hieran anknüpfenden Bemerkungen der Times erscheinen uns aber völlig sinnlos. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Verhandlungen über allgemeine Erörterungen und Annäherungen noch nicht hinausgekommen sind. Dies soll daran liegen, daß man sich in Rom noch nicht entschlossen hat, einen ersten positiven Schritt zu thun, an welchen sich dann die wirklichen Friedensverhandlungen anknüpfen würden.“

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurden verboten: das im Verlage von A. Hrlinger und Genossen zu Budapest erscheinende socialökonomische Volksblatt „Arbeiter-Wochen-Cronik“ sowie das im Verlage von Stephan Kohl und Genossen zu Wien erscheinende Centralorgan der socialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs „Der Socialist“; die Central-Kranken- und Sterbeliste der Tischler und verwandten Berufsgeossen, Filiale Wiesbaden, ist unter außerordentliche staatliche Controle gestellt worden; die periodische Druckchrift „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“; die in London erschienene, nach Hamburg gesandte, von Sonnabend, 11. Jan. d. J. datirte Druckchrift „Deutschland“ „Freiheit“, herausgegeben vom Communistischen Arbeiter-Bildungsverein in London.

× Hamburg, 14. Jan. Das interessante Rundschreiben des preussischen Handelsministers betreffend die gewerblichen Innungen dürfte jedenfalls das



geschickt! — Auf dem Auswärtigen Amt will man die Nachricht empfangen haben, daß der Bei von Tunis in Folge der Frankreich gewährten Genugthuung in eine schlimme Lage gerathen ist, da seine Unterthanen diese Genugthuung als eine Demüthigung auffassen und ihn mit der Absetzung bedrohen.

— Von dem Herzoge v. Gramont, französischem Botschafter in Wien unter Napoleon III., kommen neue Enthüllungen in Form einer Schrift: „L'Allemagne nouvelle 1863—67“, die unter dem Pseudonym Andreas Memor bei Dentu in Paris vorgefunden erschienen ist. Eigentlich sachlich Neues zur Geschichte jenes Jahres bringen sie indess nicht; sie bestätigen nur, daß der damalige Minister des Aeußern, Drouin de Lhuys, seinem kaiserlichen Herrn sofort nach Sadowa rieth, 80000 Mann am Rhein aufzustellen, um Herr der Lage zu sein und etwaige zu weit gehende Forderungen Preußens ermäßigen zu können, daß aber Kaiser Napoleon, obgleich anfangs dazu entschlossen, doch alsbald seinen Entschluß änderte und sich auf eine Politik der friedlichen Vermittelung beschränkte. Gramont untersucht, welche Gründe den Kaiser dazu bestimmt haben mochten. Daß Frankreich damals zum Vorschlag „erzbreit“ gewesen sei („archiprot“, sagte Leboeuf auch 1870 zum Kaiser!), wird von ihm wol etwas allzu leichtsin auf die Versicherung des damaligen Kriegsministers Randon angenommen. Gleichviel indess: die Thatsache, daß Napoleon nicht eingeschritten, steht fest und hat ihre Folgen entwickelt — das Warum? ist mindestens für die actuelle Tagesgeschichte erst in zweiter Linie von Belang.

**Großbritannien.**

Der Artillerieoffizier Major Owen, der das gesprungene 38-Tonnengeschütz auf dem Thunderer im Auftrage des Kriegsammtes besichtigen soll, ist am Sonnabend von hier abgereist. Der Thunderer soll morgen oder übermorgen in Malta eintreffen. Es stellt sich jetzt heraus, daß ein kleineres Geschütz, ein neunpfündiges Feldgeschütz, vor etwa einem Jahre in genau derselben Weise sprang, und es erweist sich überdies, daß das Vorwärtsgleiten der Geschosse den Artilleristen keine neue Erscheinung ist. Es ist öfter beobachtet worden, daß der Ladestock vermittels des genau in das Rohr passenden Pfropfens als Kolben einer Luftpumpe wirkt. Wird er schnell zurückgezogen, wie das in der Eile des Schnellfeuere geschähen kann, so entsteht ein luftleerer Raum, in welchen das Geschöß hineingezogen wird. Ja, geschickte Kanoniere haben bereits das Kunststück fertig gebracht, durch besonders schnelles Herausziehen des Geschöß gänzlich aus dem Rohre herauszubringen.

— Aus Portsmouth vom 14. Jan. wird berichtet: „In der gestrigen Nacht fand in den hiesigen Baracken eine Desertion von etwa 200 Soldaten des 3. Bataillons der Schützenbrigade statt, welche ihre Einschiffung an Bord des Dampfers Crocodile erwarten sollten, der heute nach Indien abgeht. Das 12. Regiment wurde ausgesandt und zog in geschlossenen Bitteln durch die Stadt, um die Ausreißer zu suchen. In einzelnen Fällen wurde heftiger Widerstand geleistet; die Soldaten wehrten sich mit Steinwürfen und ein Trupp warf sich in wilder Wuth auf einen Polizeiergeanten, der sie überreden wollte, nachzugeben, und mißhandelte ihn aufs grausamste. Mit Noth wurde der Sergeant vom Tode gerettet.“

**Niederlande.**

Die „Tribüne“ schließt eine durch den Tod des Prinzen Heinrich der Niederlande veranlaßte Betrachtung über die niederländischen Verhältnisse mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß das Band mit einer preussischen Fürstentochter, das nach so kurzem Bestehen vom rauhen Geschick zerrissen worden, dem unheilvollen Wahne ein Ziel gesetzt haben werde, „als würden von deutscher Seite Angriffe auf die Selbständigkeit einer Nation geplant, mit der wir seit Jahrhunderten in Frieden gelebt haben. An der Wahn eines von beiden Seiten auf das schmerzlichste beklagten Tods wird man an der Aufrichtigkeit dieses Wunsches, soweit die öffentliche Meinung und das deutsche Nationalgefühl dabei theilhaftig sind, wol nicht zweifeln wollen.“

**Rußland.**

Der Wiener Abendpost schreibt man aus Petersburg vom 11. Jan.: „Die Hoffnung auf die Herstellung unserer Finanzen gestaltet sich nun bedeutend günstiger. Das Budget für 1879 zeigt gleiche Einnahmen und Ausgaben. Die neuen Steuern sowie der Ertrag der bedeutend erhöhten frühern Steuern decken vollkommen sowohl die Zinsen als auch die Tilgungsquoten für die zu Zwecken des letzten Krieges abgeschlossenen Anleihen. Der Aufschlag auf das Stempelpapier wird auf 3,700000 Rub., die Steuer auf Versicherungen auf 2 1/2 Mill., die Baumwollsteuer auf 3 1/2 Mill., die Steuer auf Eisenbahnfahrkarten auf 8 Mill. veranschlagt. Dazu kommen bedeutende Mehreinnahmen, welche von der Getränke-

accise zu erwarten sind. Drückend sind die erwähnten Aufschläge auf die Eisenbahnbillete und die bedeutend erhöhte Stempelsteuer, welche letztere es dem armen Manne schwer macht, Prozesse zu führen. Man hofft jedoch, diese beiden Steuern, welche nur durch die Nothwendigkeit, rasch Geld zu beschaffen, ins Leben gerufen worden, durch andere, minder drückende ersetzen zu können. Vielleicht übernimmt die Regierung das Tabaksmonepol, wie es in Oesterreich-Ungarn, Italien und Frankreich besteht. Der Ertrag desselben dürfte so bedeutend sein, daß die auf den Verkehr drückend einwirkenden Steuern aufgehoben oder doch bedeutend ermäßigt werden könnten.“

— Großes Aufsehen erregt in der gesammten russischen Tagespresse eine Resolution, welche die Landstände des Souvernements Charlow in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung bezüglich der bekannnten an die Nation gerichteten Aufforderung der Regierung, sie im Kampf gegen die nihilistische Verschwörung aus allen Kräften zu unterstützen, angenommen und als Antwort auf diese Aufforderung an das Ministerium übersandt haben. Nach dem von sämtlichen russischen Blättern mitgetheilten Inhalt der Resolution wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Regierung die Wirksamkeit der landständischen Subernalversammlungen lediglich auf locale wirthschaftliche Angelegenheiten beschränkt und jede Verathung über allgemeine oder wol gar politische Angelegenheiten bei strenger Strafe untersagt habe; unter so bewandten Umständen seien die landständischen Subernalversammlungen gesehlich leider nicht ermächtigt, der Regierung die verlangte Unterstützung zur Bekämpfung des Nihilismus zu gewähren. Hierauf heißt es weiter: wolle die Regierung und die Gesellschaft von den landständischen Institutionen irgendwelche thätige Mitwirkung oder nützliche Unterstützung sowohl in der Angelegenheit der Ausrottung von Umsturziideen wie in andern das ganze Reich betreffenden Angelegenheiten verlangen, so seien den Landständen ausgedehntere Machtvollkommenheiten zu verleihen und ihnen überhaupt eine freiere Wirksamkeit für das Wohl des Landes auf breiterer socialer und politischer Basis zu gestatten. Die Forderung einer ständischen Verfassung für das Reich ist in dieser Resolution ziemlich offen ausgesprochen.

**Königreich Sachsen.**

**Die Hauptergebnisse der sächsischen Tabaksequete.**

Nachdem wir das Schlussergebnat der sächsischen Tabaksequete-Commission mitgetheilt, welches darauf hinauskommt, daß dieselbe einen höhern, aber doch mäßigen Tabakzoll nach dem Gewicht empfiehlt, kommen wir auf die von ihr aufgeführten Gründe gegen das Monopol und die Fabriksteuer zurück. Es heißt in dem betreffenden Aufsatze der Social-Correspondenz:

Im allgemeinen ist hervorzuheben, daß weitere Kreise der sächsischen Bevölkerung von tiefer Unruhe und Besorgniß erfüllt sind, als solle die Enquete nur die Einführung des Tabaksmonopols oder der Fabriksteuer oder einer andern Form hoher Tabakbesteuerung vorbereiten helfen. Der Haupteinwand, den die Bezirkscommission aus der ganzen Untersuchung gewonnen hat, läßt sich dahin zusammenfassen, daß die nähere Erkenntniß der thatsächlichen Verhältnisse, Verkehrsbedürfnisse und Volksgewohnungen von solchen Maßregeln abhalten und dazu führen wird, die Forderungen des Reichshaushaltes innerhalb der Grenzen des Nothwendigen und Möglichen, im Anschluß an gegebene Verhältnisse zu befriedigen, ohne den Privathaushalt von einer halben Million Reichsbürger und die Finanzverhältnisse von mehr als tausend ländlichen und städtischen Gemeinden zu erschüttern. Unter den zur Lösung der Tabaksteuerfrage bisher gemachten Vorschlägen hat das Tabaksmonepol innerhalb und außerhalb der Bezirkscommission die allgemeinste und entschiedenste Verurtheilung erfahren. Die dagegen angeführten Gründe lassen sich unter folgenden Gesichtspunkten zusammenfassen:

1) Vom Standpunkte der Interessen der Privaten und Gemeinden aus erscheint es in hohem Grade bedenklich, einen Erwerbszweig, der sich erfahrungsmäßig so gut für den Privatbetrieb eignet, den Bürgern zu entziehen. Es würden in Sachsen allein an 50000, im Reich etwa 500000 Existenzen schwer geschädigt. An Stelle selbständiger, großer Entwicklung fähiger Betriebe würden wenige Monopolfabriken treten, wo man viel theurer und schlechter produciren würde und sich auf die Grenzen des Reiches beschränken müßte, während die Thätigkeit des deutschen Tabakbauers, der Tabakfabrikation und insbesondere des Tabakhandels weit über Deutschland hinausreicht. Die durch das Monopol entbehrt werden Arbeits- und Kapitalkräfte würden sich in andere Erwerbszweige drängen müssen, die gegenwärtig fast sämtlich überfüllt sind. Der Zustand der Ueberproduktion würde noch verschlimmert und alle Klassen der Bevölkerung würden in Mitleidenschaft gezogen werden.

2) Vom Standpunkte des Reiches aus ist die Umwandlung einer solchen Unmasse von Privatgeschäften in ein gewaltiges Centralunternehmen sogar für die Finanzen ein gefährliches Wagniß, denn die den gegenwärtigen Monopolländern erpart gebliebenen hohen Entschädigungsansprüche für Hunderttausende von geschädigten Personen würden natürlich die Einnahmen aus dem Tabak bedeutend herabdrücken. Die Einnahmen würden höchst schwankend sein und es entsähen ernste Zweifel, ob das deutsche Volk eine sehr hohe Vertheuerung des Tabaks wird ertragen können. Der wichtigste Gegengrund ist ein nationaler. Keine Maßregel würde so unbeliebt werden und die Reichsidee so schädigen wie die Einführung des Monopols. Die deutsche

Nation hat sich seit Jahrzehnten an gutes und billiges Rauchen und reiche Auswahl von Sorten gewöhnt. Vom dem Tabaksmonepol ist die Einförmigkeit der Fabrikate untrennbar. Während gegenwärtig über 10000 größere und mittlere Fabrikanten, ganz abgesehen von den Kleinbetrieben, wenigstens 100000 Fabrikatforten herstellen und raffos bestrebt sind, immer neue Genußformen und Compositionen zu erfinden, um jeder Geschmacksrichtung Rechnung zu tragen, muß eine Regieverwaltung sich auf die Herstellung weniger Sorten beschränken und kann wegen des Schematismus, der jedem Collectivbetriebe nothwendig anhaftet, zu Aenderungen sich nur schwer entschließen. Der unvermeidliche Rückschritt, der unter der Herrschaft des Monopols im Vergleich mit dem jetzigen Zustande der freien Concurrenz in der Versorgung des Publikums eintreten würde, könnte für das Ansehen der Reichsinstitutionen höchst gefährlich werden. Die mehrfach nachgewiesene Unwirthschaftlichkeit einer riesenhaften Tabakregie würde in Deutschland viel unerträglicher sein als in Frankreich und Oesterreich, wo man es nicht anders kennt. Alles in allem dürfte die Verantwortlichkeit der Reichsorgane bei der Durchführung dieser Maßregel doch eine zu große werden. Mit demselben Rechte und vielleicht noch mit weniger Gefahr könnte das Reich die viel gleichmäßigere und nur als Großbetrieb vorkommende Zuckerindustrie oder den Betrieb von Kasse, Petroleum und andern Artikeln in die Hand nehmen, würde aber durch alle derartige Maßregeln auf Abwege gerathen. Der Vorschub, welcher den socialistischen Ideen durch das Monopolverwehen geleistet würde, wäre für den Staat ein großer moralischer Schaden, der selbst durch einen finanziellen Erfolg niemals ausgeglichen werden könnte. Die Einführung eines so riesenhaften Reichsbetriebes, welcher die leitenden Beamten zu Speculationsläufen ohne persönliches Risiko zwingt, würde mit dem Verluste einer Unsumme von persönlicher Thätigkeit, Unternehmungslust und Selbständigkeit erkaufte werden.

3) Vom Standpunkte der Einzelstaaten aus muß das Monopol nicht bloß nach finanziellen, sondern wol in erster Linie nach volkswirthschaftlichen Gesichtspunkten, unter Berücksichtigung der ganz eigenartigen Entwicklung der deutschen Tabakindustrie und der wirthschaftlichen Lage der Einzelstaaten, betrachtet werden. Von allen deutschen Bundesgliedern dürfte, mit Ausnahme von Bremen, wol keins durch eine radicale Umänderung der Tabakbesteuerung in seinen Lebensinteressen so geschädigt werden wie Sachsen. Es ist bekannt, daß Sachsen im ganzen Deutschen Reich am dichtesten bevölkert ist und das stärkste Contingent Erwerbthätiger liefert. Während im Deutschen Reich 15 Proc. und in Preußen nur 14,08 Proc. der Gesamtbevölkerung Erwerbthätige in der Beschränkung und Auffassung der letzten Gewerbezahlung sind, beträgt diese Quote in Sachsen 22,81 Proc., und während auf 1 Quadratkilometer Fläche im Reich 11,9, in Preußen nur 10,4 Erwerbthätige leben, wohnen in Sachsen auf der nämlichen Fläche 42,0 Erwerbthätige (in dem nahezu ebenso gewerbthätigen preussischen Rheinlande 26,8). Man nennt Sachsen mit Recht einen Industriestaat. Dieser Zustand ist das Resultat einer langjährigen organischen Entwicklung, welche mit der innern Finanzverwaltung und Zollgesetzgebung des Deutschen Reiches aufs innigste verwachsen ist. Die Tabakindustrie ist ein höchwichtiges und lebenskräftiges Glied am Organismus des sächsischen Erwerbslebens. Wenn man dieses Glied austreißt oder tief verwundet, so schwächt man den ganzen Körper. Die Untersuchung hat unumstößlich dargethan, daß die Tabakindustrie mit andern wichtigen Industrien Sachsens, mit dem Bergbau, der Weberei, Tuchfabrikation u. s. w. innig zusammenhängt, und daß mit der Vernichtung dieser einen Industrie noch viele andere Gewerbe ruiniert würden. Mehr als 20 Städte mit einem weiten Umkreise sind mit der Cigarettenindustrie aufs tiefste verwachsen. Nahe an 20000 Erwerbthätige treiben diese Beschäftigung als einziges oder Hauptgewerbe. Ueber 1000 Fabrikanten und ebenso viele Kaufleute und Agenten sind im Tabak ausschließlich meist en gros beschäftigt; an 30000 Colonialwaarenhändler, Detaillisten, Gast- und Schankwirthe vertreten die Tabakfabrikate als Nebenverwerb. Mit diesen Erwerbthätigen hängen wieder Hunderttausende von nur consumirenden Familienangehörigen zusammen. Die Einführung des Tabaksmonopols oder die langsame Auffassung des Tabakgewerbes könnte die schlimmsten socialen Erschütterungen im Gefolge haben; denn selbst eine unverhältnißmäßig große Zahl von Monopolfabriken würde für die im ganzen Lande zerstreuten Arbeitskräfte nicht genügen und jedenfalls diejenigen nicht aufnehmen, welche nur in der eigenen Wohnung fabriciren können, weil sie für die Fabrikarbeit zu ungesund, gebrechlich und alt, oder der eigenen Familie als Mütter, Söhne, Schwestern unentbehrlich sind. Das Tabaksmonepol mag für Frankreich, Oesterreich und Italien erträglich sein, weil es sich dort seit Menschengedenken eingebürgert und aus kleinen Anfängen allmählich zu einer großen Finanzquelle historisch ohne Verletzung bestimmter Interessen entwickelt hat; es würde auch in Deutschland noch vor etwa 30 Jahren, als kaum 10000 Personen Tabak fabricirten, nur geringen Widerstand gefunden haben. Gegenwärtig erscheint es der Bezirkscommission einfach unausführbar und gegen die Natur der Dinge, weil das deutsche Wirthschaftsleben diesen wichtigen Erwerbszweig seiner Bewohner überhaupt nicht mehr entbehren und Hunderttausende von Interessenten für die ihnen drohenden Verluste nicht entschädigen kann. Fruchtbaum; die seit einem Menschenalter auf dem deutschen Boden gepflanzt und so wurzelständig geworden sind, lassen sich nicht wieder daraus entfernen. Ein solches Kapital von Waarenkenntniß, Geschicklichkeit und volksthümlicher Arbeitskraft kann ein Volk nicht dahingeben. Ein so blühender Tabakbau, ein so weltumfassender Tabakhandel, eine so lebenskräftige und exportfähige Tabakindustrie, um die und andere Nationen beneiden, wird am allerwenigsten in gegenwärtigen Zeiten der Lähmung so vieler Gewerbe eine unheilbare Erschütterung oder eine Umwandlung aus mehr als 10000 Privatunternehmungen in einen centralistischen Reichsbetrieb erfahren dürfen.

Fast ebenso entschiedenen Widerspruch wie das Monopol hat eine Fabriksteuer nach amerikanischem oder russischem System gefunden. Nur ein großer sächsischer Cigarettenfabrikant hat sich dafür erklärt und in dieser Besteuerungsform, so wie sie in Rußland gehandhabt wird, keine Schwirigkeiten gefunden. Es dürfte dies jedoch nach Ansicht der Bezirkscommission nur für große Fabriken gelten, wie sie in Rußland allgemein üblich sind. Der mittlere und klei-



Leipziger Börse.

17. Jan.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, Brüssel, London, Paris, Petersburg, and Wien.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including Deutsche Anl. 1877, K.S. Renten, and various municipal bonds.

Table of Berlin-Stettin and Bohmische Nordbahn securities, including various bonds and shares.

Table of Eisenbahn-St.-Pr.-Actionen (Railway shares) from various companies like Altenburg-Zeitz and Chemnitz.

Table of Bank- u. Credit-Actionen (Bank and credit shares) from institutions like Allg. D. Cr.-A. and Berl.-Disc.-Ges.

Table of Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior. (Industrial shares and priorities) from companies like Chemn. A.-Spinnerei and Kett.-Schl.-Seh.-A.

Table of Ausländische Fonds (Foreign funds) including Oesterr. Goldrente and Russ. Präm.-Anl.

Table of Inl. Eisenb.-Prior.-Obl. (Domestic railway bond priorities) from companies like Altenburg-Zeitz and Berlin-Anhalt.

Table of Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl. (Foreign railway bond priorities) from companies like Auswg.-Teplitzer and Böhml. Nordbahn.

Table of Kohlen-Act. u. Prior. (Coal shares and priorities) including Braunkohlen-Actien and Steinkohlen-Actien.

Table of Bank-Disconto (Bank discounts) for various locations like Amsterdam, Brüssel, London, and Paris.

Table of Sorten (Types) of securities, including Vollwicht. Preuss. Friedrichsdr. and Kaiserliche Ducaten.

Table of Eisenb.-Stamm-Act. (Railway shares) from companies like Altenburg-Zeitz and Bergsch.-Märkische.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Sonnabend, 18. Jan. Die Adoptirten. Lustspiel in 4 Acten von Hugo Bürger. (18. Abonnements-Vorstellung.)
Altes Theater. Sonnabend, 18. Jan. Der kleine Herzog. Komische Operette in 3 Acten von Henry Meilhac und Ludovic Halévy. Musik von Charles Lecocq.

# Ueber Land & Meer

enthält zunächst die neuesten Romane und Novellen von

**Wilhelm Jensen:** . . . . .

**Fanny Lewald-Stahr:** . . . . .

**Rudolph von Gottschall:** . . . . .

**Levin Schücking:** . . . . .

**R. E. Franzos:** . . . . .

**Gregor Samarow:** . . . . .

**Das Pfarrhaus zu Sternbrook.**

**Zum Zeitvertreib.**

**Lesefrüchte.**

**Ein ehrlicher Mann.**

**Die Hexe.**

**Des Kronprinzen Regiment.**

„Ueber Land und Meer“ erscheint in wöchentlichen Nummern und in vierzehntägigen Heften.

Preis in Nummern für 3 Monate 3 Mark — das Heft 50 Pfennig.

Man abonniert bei allen Buchhandlungen und Postämtern, bei diesen mit Kl. Postaufschlag.

[161]

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

## Der Neue Pitaval.

Eine Sammlung der interessantesten Criminalgeschichten aller Länder aus älterer und neuerer Zeit.

Begründet von

**J. E. Sigis und W. Häring (Wilibald Alexis).**

Fortgeführt von **Dr. A. Bollert.**

Neue Serie. Dreizehnter Band. 8. Geh. 5 Mark.

Inhalt des Bandes:

Thomas (Keith). (Die Dynamitexplosion in Bremerhaven.) 1875. — Der Proceß Tourville. (Bozen.) 1877. — Tilton wider Beecher. (Brooklyn.) 1875. — Die Familie Staunton. (Nord-England.) 1877.

Mit dem vorliegenden Bande tritt bei diesem altbeliebten, für die Sittengeschichte und Seelenkunde, für den Criminalisten, Culturhistoriker und Psychologen gleich wichtigen sowie für jeden Gebildeten interessantesten Sammelwerk insofern eine Veränderung ein, als von jetzt ab der Band nur 5 Mark kostet (statt wie bisher 6 Mark) und der Jahrgang nicht mehr in einzelnen Heften, sondern nur als vollständiger Band erscheint. Wie schon der Inhalt des gegenwärtigen Bandes zeigt, wird der Herausgeber bemüht sein, dem Unternehmern auch weiterhin die Gunst des Publikums zu sichern und ihm die Theilnahme noch weiterer Kreise zu gewinnen.

[164]

## KEUCHHUSTEN, Husten und chronische Bronchialleiden.

Crème alimentaire des Dr. med. CAHOURS

Mit grosstem Erfolg im Kinder-Hospital in Paris (Hôpital des Enfants-Malades) und in Londoner Spitälern angewandt. — Hilft in 8 laengsten 40 Tagen bei dem heftigsten Keuchhusten, ist ein angenehmes, assimilirtendes und leicht verdauliches Nahrungsmittel. Bei chronischen Brustkrankheiten, Husten und Bronchialleiden ist es der Anwendung des Leberthrans, den es ersetzt, vorzuziehen. Zu erhalten nebst Gratis-Broschüre in den meisten Apotheken.

S. Kornick, Zeitungs-Annoucen-Expedition, Berlin, Annen-Strasse 26 (an der Neuen Jacobs-Strasse).

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

## Die Herberge der Gerechtigkeit.

Roman

von **Levin Schücking.**

Zwei Theile. 8. Geh. 9 M.

Wie jeder neue Roman Schücking's, so befindet auch der vorliegende wieder alle jene gewinnenden Eigenschaften, welche die Schriften dieses beliebten Erzählers für deutsche Familienkreise so empfehlenswert machen. „Die Herberge der Gerechtigkeit“ spielt in der Gegenwart; der Schauplatz wechselt zwischen Deutschland und Italien; in die spannende Handlung sind gebante reiche Unterhaltungen über wichtige Cultur- und Lebensfragen verflochten.

[165]

## Leipziger Tageskalender vom 18. Januar.

### Eisenbahnfahrten.

**Leipziger Bahnhof. A. Linie Leipzig-Hof.** Abf. Leipzig, 4, 10 (Geh. Hof), 16 (Geh. Leipzig), 22 (Geh. Chemnitz), 28 (Geh. Dresden), 34 (Geh. Chemnitz), 40 (Geh. Leipzig), 46 (Geh. Hof), 52 (Geh. Leipzig), 58 (Geh. Chemnitz), 64 (Geh. Dresden), 70 (Geh. Chemnitz), 76 (Geh. Leipzig), 82 (Geh. Hof), 88 (Geh. Leipzig), 94 (Geh. Chemnitz), 100 (Geh. Dresden).  
**B. Linie Leipzig-Berlin.** Abf. Leipzig, 4, 10 (Geh. Berlin), 16 (Geh. Chemnitz), 22 (Geh. Dresden), 28 (Geh. Chemnitz), 34 (Geh. Leipzig), 40 (Geh. Berlin), 46 (Geh. Chemnitz), 52 (Geh. Dresden), 58 (Geh. Chemnitz), 64 (Geh. Leipzig), 70 (Geh. Berlin), 76 (Geh. Chemnitz), 82 (Geh. Dresden), 88 (Geh. Chemnitz), 94 (Geh. Leipzig), 100 (Geh. Berlin).  
**C. Linie Leipzig-Dresden.** Abf. Leipzig, 4, 10 (Geh. Dresden), 16 (Geh. Chemnitz), 22 (Geh. Leipzig), 28 (Geh. Dresden), 34 (Geh. Chemnitz), 40 (Geh. Leipzig), 46 (Geh. Dresden), 52 (Geh. Chemnitz), 58 (Geh. Leipzig), 64 (Geh. Dresden), 70 (Geh. Chemnitz), 76 (Geh. Leipzig), 82 (Geh. Dresden), 88 (Geh. Chemnitz), 94 (Geh. Leipzig), 100 (Geh. Dresden).  
**D. Linie Leipzig-Weimar.** Abf. Leipzig, 4, 10 (Geh. Weimar), 16 (Geh. Chemnitz), 22 (Geh. Dresden), 28 (Geh. Chemnitz), 34 (Geh. Leipzig), 40 (Geh. Weimar), 46 (Geh. Chemnitz), 52 (Geh. Dresden), 58 (Geh. Chemnitz), 64 (Geh. Leipzig), 70 (Geh. Weimar), 76 (Geh. Chemnitz), 82 (Geh. Dresden), 88 (Geh. Chemnitz), 94 (Geh. Leipzig), 100 (Geh. Weimar).

**Berliner Bahnhof.** Nach Berlin: Abf. Leipzig, 4, 10 (Geh. Berlin), 16 (Geh. Chemnitz), 22 (Geh. Dresden), 28 (Geh. Chemnitz), 34 (Geh. Leipzig), 40 (Geh. Berlin), 46 (Geh. Chemnitz), 52 (Geh. Dresden), 58 (Geh. Chemnitz), 64 (Geh. Leipzig), 70 (Geh. Berlin), 76 (Geh. Chemnitz), 82 (Geh. Dresden), 88 (Geh. Chemnitz), 94 (Geh. Leipzig), 100 (Geh. Berlin).  
**Dresdner Bahnhof.** (Via Meissen) Abf. Leipzig, 4, 10 (Geh. Dresden), 16 (Geh. Chemnitz), 22 (Geh. Leipzig), 28 (Geh. Dresden), 34 (Geh. Chemnitz), 40 (Geh. Leipzig), 46 (Geh. Dresden), 52 (Geh. Chemnitz), 58 (Geh. Leipzig), 64 (Geh. Dresden), 70 (Geh. Chemnitz), 76 (Geh. Leipzig), 82 (Geh. Dresden), 88 (Geh. Chemnitz), 94 (Geh. Leipzig), 100 (Geh. Dresden).  
**Chemnitzer Bahnhof.** (Via Chemnitz) Abf. Leipzig, 4, 10 (Geh. Chemnitz), 16 (Geh. Dresden), 22 (Geh. Leipzig), 28 (Geh. Chemnitz), 34 (Geh. Dresden), 40 (Geh. Leipzig), 46 (Geh. Chemnitz), 52 (Geh. Dresden), 58 (Geh. Leipzig), 64 (Geh. Chemnitz), 70 (Geh. Dresden), 76 (Geh. Leipzig), 82 (Geh. Chemnitz), 88 (Geh. Dresden), 94 (Geh. Leipzig), 100 (Geh. Chemnitz).

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Biedermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

## Das Weib.

Philosophische Briefe über dessen Wesen und Verhältniß zum Manne.

Von

**Emerich du Mont.**

8. Geh. 6 M. Geb. 7 M. 50 Pf.

Der Verfasser des mit vielem Beifall aufgenommenen Buchs „Der Fortschritt im Lichte der Lehren Schopenhauer's und Darwin's“ bietet mit vorliegendem Werke einen Cylindus von Briefen, welche ein „stereoskopisches“ Bild vom Wesen des Weibes im Vergleich zu dem des Mannes entwerfen und geistvolle, vieles Neue enthaltende Betrachtungen über Liebe und Ehe daran knüpfen. Weibliche wie männliche Leser werden den originellen und höchst anregenden Excursen mit gespanntem Interesse folgen.

[162]

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Sechsten erschien das 2. Heft (15. Januar) des Jahrgangs 1879 von

## Unsere Zeit. Deutsche Revue der Gegenwart.

Herausgegeben von **Rudolph von Gottschall.**

In halbmonatlichen Heften zu 75 Pf.

Inhalt des 2. Heftes:

Zur Geschichte der zeitgenössischen Poesie Englands. Von Miss A. Mary F. Robinson in London. I. Alfred Tennyson. — Russische Culturzustände im 19. Jahrhundert. II. — Oesterreich seit der ungarischen Parteilust. Von Walter Rogge. V. Ungarn und die Silbflawen. — Heredibin Pascha und die englische Reformpolitik. — Die Entstehung und die Entwicklung des Oesterreichisch-ungarischen Lloyd. Von J. Löwenthal. — Chronik der Gegenwart: Revue der bildenden Künste: Die deutsche Kunst auf der pariser Weltausstellung; Der Berliner Salon und die Berliner Gemäldegalerie; Die neue Gemäldegalerie in Kassel; Vermehrung der königlichen Sammlungen in Dresden.

Diese rühmlichst bekannte culturhistorische Zeitschrift, eine „Deutsche Revue“, die sich den großen englischen und französischen Revuen ebenbürtig zur Seite stellen kann, bietet in größern zusammenhängenden Artikeln und in Specialreueen ein umfassendes Zeitgemälde der Gegenwart. Sie bildet einen orientirenden Führer für jeden, der an den und Journalisten von neuem zu empfehlen.

Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen an und legen das erste Heft des neuen Jahrgangs zur Ansicht vor.

[163]

**Magdeburger Bahnhof.** Abf. Leipzig, 4, 15 (Magdeburg), 21 (Geh. Magdeburg), 27 (Geh. Magdeburg), 33 (Geh. Magdeburg), 39 (Geh. Magdeburg), 45 (Geh. Magdeburg), 51 (Geh. Magdeburg), 57 (Geh. Magdeburg), 63 (Geh. Magdeburg), 69 (Geh. Magdeburg), 75 (Geh. Magdeburg), 81 (Geh. Magdeburg), 87 (Geh. Magdeburg), 93 (Geh. Magdeburg), 99 (Geh. Magdeburg), 105 (Geh. Magdeburg).  
**Thüringischer Bahnhof.** A. Linie Leipzig-Gotha. Abf. Leipzig, 4, 10 (Geh. Gotha), 16 (Geh. Gotha), 22 (Geh. Gotha), 28 (Geh. Gotha), 34 (Geh. Gotha), 40 (Geh. Gotha), 46 (Geh. Gotha), 52 (Geh. Gotha), 58 (Geh. Gotha), 64 (Geh. Gotha), 70 (Geh. Gotha), 76 (Geh. Gotha), 82 (Geh. Gotha), 88 (Geh. Gotha), 94 (Geh. Gotha), 100 (Geh. Gotha).  
**B. Linie Leipzig-Weimar.** Abf. Leipzig, 4, 10 (Geh. Weimar), 16 (Geh. Chemnitz), 22 (Geh. Dresden), 28 (Geh. Chemnitz), 34 (Geh. Leipzig), 40 (Geh. Weimar), 46 (Geh. Chemnitz), 52 (Geh. Dresden), 58 (Geh. Chemnitz), 64 (Geh. Leipzig), 70 (Geh. Weimar), 76 (Geh. Chemnitz), 82 (Geh. Dresden), 88 (Geh. Chemnitz), 94 (Geh. Leipzig), 100 (Geh. Weimar).

### Telegraphenanstalten:

1. Kaiserl. Telegraphenamt (mit ununterbrochenem Dienst bei Tag und Nacht) Kleine Fleischergasse 5.
  2. Telegraphenamt auf d. Börse, Raschmarkt (geöffnet 11 U. V. — 3 1/2 U. N. M.).
  3. Kaiserl. Postamt Nr. 1, Postg. a. Augustuspl.
  4. Kaiserl. Postamt Nr. 2, a. Dresdener Bahn.
  5. Kaiserl. Postamt Nr. 3, a. Bayerscher Bahn.
  6. Kaiserl. Postamt Nr. 4, in der Mühlgasse.
  7. Kaiserl. Postamt Nr. 5, in der Bekstraße.
  8. Kaiserl. Postamt Nr. 7, am Markt, Steintw.
  9. Kaiserl. Postamt Nr. 8, auf d. Eilenb. Bahn.
- (Die unter 3—9 aufgeführten Telegraphenanstalten haben beschränkten Tagesdienst.)  
Notette (Thomasstraße 1/2 Ubr.)

**2. Auflage. Preis 50 Pf.**  
Die in dem nächsten Buche:  
**Die Brust- und Lungenkrankheiten**  
empfohlene Methode zur erfolgreichen Heilung und, wo noch irgend möglich, zur schnellen Heilung dieser Leiden hat sich außerordentlich bewährt und kann die Verdächtige dieses ausgezeichneten Werkes allen Kranken nicht dringend genug empfohlen werden. Preis 50 Pf. — Prospect durch Ch. Schneider, Leipzig u. Hofl.

### Bibliotheken:

- Universität-Bibliothek 11—1 Ubr. Das Lesezimmer geöffnet von 10—1 Ubr.
- Stadt-Bibliothek 2—4 Ubr.
- Städtisches Museum (Entrée 50 S.) 10—3 Ubr.
- Mineralogisches Museum 10—12 Ubr.
- Pharmacognostisches Museum, Universitätsstraße 20, 1—3 Ubr.
- Zoologisches Museum im Augustum (jeden Mittwoch u. Sonnabend) 1/2 10—1/2 12 Ubr.
- Kunst-Gewerbe-Museum und Vorbilderverammlung für Kunstgewerbe, Thomasmarkt 20, Sonntag 10 bis 1, Montag, Mittwoch u. Freitag 11 bis 1 Ubr. Mittags unentgeltlich geöffnet. — Unentgeltl. Auskunft und Entgegennahme von Aufträgen auf Zeichnungen u. Modelle für kunstgewerbliche Arbeiten an allen Wochentagen Mittags 1/2 12—1/2 1 Ubr.
- Del Vecchio's Kunstaussstellung (Kaufhalle 10—4 Ubr.
- Neues Theater. Besichtig. d. innern Räume 2—4 Ubr. Leitung beim Theaterinspector.

Damen finden liebevolle Aufnahme bei Wittwe Berg, Hebamme, Wainu, Pfaffengasse 3. (GF. 8584) [155—60]

### Familien-Nachrichten.

**Verlobt:** Hr. Seminarlehrer Friedrich Ebeling in Annaberg mit Fräulein Fanny Keller. — Hr. Emil Spanier in Leipzig mit Fräulein Malwine Ranasse in Breslau.  
**Geboren:** Hr. Oberförster Franck in Unterviesenthal ein Sohn. — Hr. Dr. Rimann in Hirschberg in Schlesien eine Tochter.  
 **Gestorben:** Hr. Schmiedemeister Andreas Karl Friedrich in Leipzig. — Frau Henriette verw. Gröger, geb. Bretschneider, in Leipzig. — Hr. Christoph Deller in Gohlis. — Frau Luise Feinig, geb. Stidel, in Dresden. — Hr. Betriebsingenieur Gustav Weber in Dresden.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.